


Anlage 1: Darstellung der Verwaltungskosten für Unternehmen

Sicherheitskontrollgesetz 2013 – SKG 2013					
Art der Änderung	Novelle				
Ressort	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	Berechnungsdatum	1. Februar 2012	Anzahl geänderter / neuer Informationsverpflichtungen	3
BELASTUNG GESAMT (gerundet)				3.000	

IVP 1 - MELDEVERPFLICHTUNG BEI DER LAGERUNG VON HOCHAKTIVEM ABFALL	
Art	neue IVP
Kurzbeschreibung	Wer mittel- oder hochaktiven Abfall mit Anteilen an Plutonium, hoch angereichertem Uran oder Uran 233 lagert, hat der Behörde - dem BMWFJ (Abt. C2/9), soweit er dazu nicht schon aufgrund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Union verpflichtet ist, den Lagerort innerhalb von 90 Tagen nach Einbringung des ersten Abfalls sowie jede Änderung des Lagerortes innerhalb von 90 Tagen zu melden.
Ursprung:	NAT
Fundstelle	§ 5 Abs. 5 SKG - 2013 Meldeverpflichtung bei der Lagerung innerhalb von 90 Tagen nach Einbringung des ersten Abfalls sowie jede Änderung des Lagerortes innerhalb von 90 Tagen
BELASTUNG (gerundet)	
300	

IVP 2 - MELDEVERPFLICHTUNG BEI DER AUSFUHR ODER VERBRINGUNG VON GÜTERN INNERHALB VON 30 TAGEN AB DURCHFÜHRUNG DES VORGANGS	
Art	neue IVP
Kurzbeschreibung	Jedes Unternehmen, das Güter ausführt oder verbringt, muss innerhalb von 30 Tagen ab Durchführung des Vorgangs dem BMWFJ (Abt. C2/9) Meldungen über die getätigten Vorgänge übermitteln. Diese Verpflichtung gilt unbeschadet allfälliger bescheidmäßiger Auflagen in der Ausfuhr- oder Verbringungs-genehmigung. Aus der Praxis der bisherigen Verwaltung ist mit jährlich 20 Meldungen zu rechnen.
Ursprung:	NAT
Fundstelle	§ 5 Abs. 6 SKG 2013 - Meldeverpflichtung der Ausfuhr oder Verbringung von Gütern innerhalb von 30 Tagen ab Durchführung des Vorgangs
BELASTUNG (gerundet)	
2.600	

IVP 3 - ANTRAGSTELLUNG FÜR DIE DURCHFUHR ODER DIE VERMITTLUNG VON GÜTERN NACH MITTEILUNG DER GENEHMIGUNGSPFLICHT	
Art	neue IVP
Kurzbeschreibung	Wurde die Durchfuhr oder Vermittlung gemäß § 9 Abs. 1 SKG 2013 von der Behörde genehmigungspflichtig gestellt, ist eine Einzelgenehmigung der Durchfuhr oder Vermittlung im BMWFJ (Abt. C2/9) zu beantragen.
Ursprung:	NAT
Fundstelle	§ 10 SKG 2013 - Besondere Genehmigungspflichten für Durchfuhr und Vermittlung
BELASTUNG (gerundet)	
100	


BERECHNUNG LAUT SKM-METHODE FÜR INFORMATIONSVERPFLICHTUNG 1	
Unternehmen, welche Meldeverpflichtungen über Lagerort für hochaktive Abfälle unterliegen	
Fallzahl	2
Quellenangabe	Jedes Unternehmen, welches mittel- oder hochaktiven Abfall mit Anteilen an Plutonium, hoch angereichertem Uran oder Uran 233 lagert, muss der Behörde, soweit es dazu nicht schon aufgrund von unmittelbar anwendbarem Recht der Europäischen Union verpflichtet ist, den Lagerort innerhalb von 90 Tagen nach Einbringung des ersten Abfalls sowie jede Änderung des Lagerortes innerhalb von 90 Tagen melden. Aus der Praxis der bisherigen Verwaltung ist mit jährlich 2 Meldungen zu rechnen.
Verwaltungstätigkeit 1	Beschaffung von Informationen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00
Verwaltungstätigkeit 2	Berechnung von Ergebnisdaten (Analyse, Untersuchungen, Bewertungen)
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe
Stundensatz	45,00
Verwaltungstätigkeit 3	Prüfung der Ergebnisse, Korrekturen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	35
Gehaltsgruppe	Wissenschaftler und akademische Berufe
Stundensatz	54,00
Verwaltungstätigkeit 4	Prüfung der Ergebnisse, Korrekturen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Führungskräfte
Stundensatz	74,00
Verwaltungstätigkeit 5	Versand einer Nachricht an eine öffentliche Stelle
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	20
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00



VERWALTUNGSKOSTEN
SENKEN FÜR UNTERNEHMEN

Verwaltungstätigkeit 6	Dokumentation, Archivierung
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	15
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00
Gesamtkosten pro Unternehmen pro Jahr	130,00
Verwaltungskosten	260,00
Sowieso-Kosten (%)	0
VERWALTUNGSLASTEN	260,00

BERECHNUNG LAUT SKM-METHODE FÜR INFORMATIONSVERPFLICHTUNG 2	
Unternehmen, welche Meldeverpflichtungen über die Ausfuhr oder die Verbringung von Gütern unterliegen.	
Fallzahl	20
Quellenangabe	Jedes Unternehmen muss im Rahmen der Ausfuhr oder Verbringung von Gütern innerhalb von 30 Tagen ab Durchführung diesen Vorgang melden. Aus der Praxis der bisherigen Verwaltung ist mit jährlich 20 Meldungen zu rechnen.
Verwaltungstätigkeit 1	Beschaffung von Informationen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	25
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00
Verwaltungstätigkeit 2	Sammlung, Aufbereitung und Kontrolle von Rohdaten (Messungen, Tests, Schätzungen)
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe
Stundensatz	45,00
Verwaltungstätigkeit 3	Berechnung von Ergebnisdaten (Analyse, Untersuchungen, Bewertungen)
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe
Stundensatz	45,00
Verwaltungstätigkeit 4	Prüfung der Ergebnisse, Korrekturen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	25
Gehaltsgruppe	Wissenschaftler und akademische Berufe
Stundensatz	54,00
Verwaltungstätigkeit 5	Prüfung der Ergebnisse, Korrekturen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	20
Gehaltsgruppe	Führungskräfte
Stundensatz	74,00
Verwaltungstätigkeit 6	Versand einer Nachricht an eine öffentliche Stelle
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	20
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00



VERWALTUNGSKOSTEN
SENKEN FÜR UNTERNEHMEN

Verwaltungstätigkeit 7	Dokumentation, Archivierung
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	15
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00
Gesamtkosten pro Unternehmen pro Jahr	128,00
Verwaltungskosten	2.560,00
Sowieso-Kosten (%)	0
VERWALTUNGSLASTEN	2.560,00

BERECHNUNG LAUT SKM-METHODE FÜR INFORMATIONSVERPFLICHTUNG 3

Unternehmen, welche nach Pflichtigstellung Einzelgenehmigungen für die Durchfuhr oder Vermittlung in Anspruch nehmen möchten

Fallzahl	1
Quellenangabe	Jedes Unternehmen muss nach Pflichtigstellung gemäß § 10 Abs. 1 SKG 2013 eine Einzelgenehmigung zur Durchfuhr oder Vermittlung im BMWFJ (Abt. C2/9) beantragen. Anzahl gemäß bisheriger Antragstellung und Praxis in der Administration

Verwaltungstätigkeit 1	Beschaffung von Informationen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	15
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00

Verwaltungstätigkeit 2	Ausfüllen oder Eingabe von Anträgen, Meldungen, Nachweisen, Ansuchen oder Berichten bzw Inspektion
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00

Verwaltungstätigkeit 3	Sammlung, Aufbereitung und Kontrolle von Rohdaten (Messungen, Tests, Schätzungen)
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	30
Gehaltsgruppe	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe
Stundensatz	45,00

Verwaltungstätigkeit 4	Prüfung der Ergebnisse, Korrekturen
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	20
Gehaltsgruppe	Führungskräfte
Stundensatz	74,00

Verwaltungstätigkeit 5	Versand einer Nachricht an eine öffentliche Stelle
Zeitaufwand	Erhöhung
Stunden	
Minuten	20
Gehaltsgruppe	Bürokräfte und kfm. Angestellte
Stundensatz	36,00

Gesamtkosten pro Unternehmen pro Jahr	86,00
Verwaltungskosten	86,00
Sowieso-Kosten (%)	0
VERWALTUNGSLASTEN	86,00